

SAFER WORLD is a private independent international internet information network
www.safer-world.org

newsletter 71 / 01. 09. 2004

AKTIV

Vom Umweltinstitut München e.V. - Newsletter vom 30. August 2004

Kurzfristig haben wir erfahren, dass die scheidende EU-Kommission unmittelbar vor ihrem Amtsende GVO-Verunreinigungen im Saatgut von Raps und Mais bis 0,3 Prozent durchsetzen möchte. Sollen vor der Amtsübergabe noch in letzter Minute Fakten geschaffen werden? Vor zwei Monaten hat die dänische Landwirtschaftsministerin Mariann Fischer Boel im Agrarministerrat die Forderung nach Kennzeichnung von GVO-Verunreinigungen an der praktischen Nachweisgrenze von 0,1 Prozent gefordert. Dies fordert auch das Umweltinstitut München e.V. Ab 1. November wird Frau Boel die neue EU Kommissarin für Landwirtschaft sein. Helfen Sie uns, eine Gentech-Verunreinigung im Saatgut zu verhindern und handeln Sie jetzt: Bitte schreiben Sie Briefe, Faxe oder E-Mails, die wir hier vorformuliert haben. Die Kommission muss spüren, dass die Öffentlichkeit eine Verunreinigung des Saatgutes mit GVO nicht akzeptieren wird. www.umweltinstitut.org/frames/all/m382.htm

Umweltinstitut München e.V., Schwere-Reiter-Str. 35 / 1 b, D-80797 München,
<http://www.umweltinstitut.org> hu@umweltinstitut.org

Musterbrief an die europäische Kommission

Folgende Kommissare sollten angeschrieben werden. Sie können den Briefftext auch faxen oder als E-Mail senden.

Romano Prodi
Präsident der Kommission
Rue de la Loi 200
1049 Brussels
Belgium
Tel: +32.2.2967246
Fax: +32-2 295 0138/39/40
Email: romano.prodi@cec.eu.int

Margot Wallström
Kommissarin für Umwelt
Rue de la Loi 200
B-1049 Brussels
Belgium
Fax: 0032 2 2981899

E-mail: Margot.Wallstrom@cec.eu.int

Stavros Dimas
Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
Rue de la Loi 200
B-1049 Brussels
Belgium
Fax: 0032 2 2982 099
E-mail: empl-info@cec.eu.int

Markos Kyprianou
zukünftiger Kommissar für Verbraucherschutz
Rue de la Loi 200
B-1049 Brussels
Belgium
E-mail: cab-kyprianou@cec.eu.int

Sehr geehrter Frau/Herr Kommissar/in

Sie werden am 8. September darüber entscheiden, welcher Schwellenwert für die Kennzeichnung von GVO-Verunreinigungen im Saatgut gelten soll. Sie beabsichtigen nach wie vor, mit Schwellenwerten von 0,3 Prozent eine Kennzeichnung deutlich oberhalb der Nachweisgrenze festzuschreiben.

Dies erfüllt mich mit großer Sorge. Grundsätzlich halte ich die Agro-Gentechnik für einen falschen Weg, der uns in immer größere Abhängigkeiten bringt, dessen Risiken nicht geklärt sind, dessen Nutzen nicht erkennbar ist, der aber erhebliche einzelbetriebliche und volkswirtschaftliche Kosten mit sich bringt. Die überwiegende Mehrheit der Verbraucher erwartet auch künftig gentechnikfreie Lebensmittel.

Aus diesen Gründen ist es von entscheidender Bedeutung, dass auch künftig gentechnikfreie Lebensmittel erzeugt und verarbeitet werden können.

Dies sehen wir bei den von Ihnen beabsichtigten Schwellenwerten für die Kennzeichnung von Saatgut als unmöglich an.

Saatgut steht am Anfang der Nahrungskette.

Auf dem Weg der Pflanze bis zum Lebensmittel bestehen viele Möglichkeiten der Kontamination mit GVO. Wenn bereits der Schwellenwert im Saatgut bei 0,3 Prozent liegt, ist die Gefahr sehr groß, dass im Endprodukt der Kennzeichnungsgrenzwert von 0,9 Prozent für GVO-Verunreinigungen in Lebensmitteln nicht mehr eingehalten werden kann.

Hinzu kommen enorme Umweltprobleme: Schwellenwerte über der Nachweisgrenze führen zur flächendeckenden Kontamination mit GVO. Das würde bedeuten, dass das Monitoring zur Überwachung des GVO-Anbaus auf der gesamten Anbaufläche durchgeführt werden müsste. Das erscheint uns nicht durchführbar. Im Falle, dass – wie in den USA jüngst der Fall – Probleme mit einem GVO auftreten, ist ein Rückruf praktisch unmöglich.

Mit der Festlegung des von Ihnen propagierten Grenzwertes würden Sie die von Ihnen bereits verabschiedete Freisetzungsrichtlinie ad absurdum führen, weil ein gentechnikfreier Anbau und damit auch die durch die Richtlinie sicherzustellende Koexistenz unmöglich wäre.

Ich fordere Sie daher eindringlich auf, in der Richtlinie für die Kennzeichnung von GVO-Verunreinigungen im Saatgut die Nachweisgrenze als Schwellenwert festzulegen.

Mit freundlichen Grüßen,

Atomausstieg-Petition

Die Europäische Petition "Eine Million EuropäerInnen verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" kann online unterschrieben werden: URL steht nicht mehr zur Verfügung

Unter dem Motto "Eine Million Europäer verlangen den Ausstieg aus der Atomenergie" starten Organisationen aus ganz Europa am Tschernobyl-Gedenktag (26. April 2004) eine Unterschriftenaktion.

Link zur Unterschriftenliste zum Download:

Petitionstext:http://www.atomstopp.com/1million/images/petition_deutsch1.pdf

Formular:http://www.atomstopp.com/1million/images/petition_deutsch2.pdf

Europaweit sollen 1 Million Unterschriften von Menschen gesammelt werden, um ohne Aufschub die Durchsetzung der folgenden Maßnahmen von den Politikern einzufordern:

- Stoppen oder verhindern Sie den Neubau von Atomanlagen in Europa!
- Veranlassen Sie, dass die Europäische Union und jeder Staat der EU, der Atomkraftwerke betreibt, Ausstiegspläne aus der Atomindustrie vorlegt – der Ausstieg soll so schnell wie möglich erfolgen!
- Setzen Sie sich für ein umfassendes Investitionsprogramm in Richtung Energieeffizienz und Entwicklung von Erneuerbaren Energien ein!
- Setzen Sie sich für das Auslaufen des wettbewerbsverzerrenden und veralteten Euratom-Vertrages ein! Mit diesem Vertrag werden öffentliche Gelder für die Stützung der Atomindustrie verwendet!

Nur die Umsetzung dieser Maßnahmen ermöglicht uns gleichzeitig gegen die Atomindustrie und gegen die Klimaveränderung zu kämpfen!

Die Unterschriften werden von April 2004 bis April 2005 gesammelt!

Verschaffen wir uns Gehör – unterschreibt die Liste und bittet auch eure Freunde, die Aktion zu unterstützen.

Das Ergebnis der Unterschriftenaktion wird medienwirksam veröffentlicht werden.

Weitere Informationen gibt es unter:

post@atomstopp.at <http://www.atomstopp.com/1million/neu.asp?c=de>

=====

CHEMIKALIEN - BLEI

Folgende Info finden Sie aktuell im Internet-Angebot der STIFTUNG WARENTEST:

Blei im Trinkwasser- Neue Umweltkarte

23 700 Wasserproben hat die STIFTUNG WARENTEST in den vergangenen zehn Jahren auf Schwermetalle untersucht. Und aus den Ergebnissen jetzt aktuell eine Umweltkarte zum Thema Blei im Trinkwasser erstellt. Ergebnis: In vielen Regionen Deutschlands ist das Problem noch nicht gelöst. Das gilt besonders für Ballungsregionen Nord- und Ostdeutschlands. Hier wiesen jeweils mehr als 5 Prozent der eingesandten und analysierten Wasserproben einen Bleianteil über dem aktuell geltenden Grenzwert auf. STIFTUNG WARENTEST online klärt auf, bringt Tipps zum Thema und bietet den kostenlosen Download der Umweltkarte. Endgültige Klarheit über die Belastung bringt die Trinkwasser-Analyse der Stiftung.

Die vollständige Meldung finden Sie unter: <http://www.test.de/>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Auszug aus electrosmog-news

15.08.2004

Mitteilungen des h.e.s.e.-projects - Forschungsgruppe EMF / MF - Public Health:
Hühnerembryonenstudie hat am 14.07.04 begonnen. Erste Ergebnisse voraussichtlich Mitte bis Ende September. http://www.elektrosmognews.de/news/huehnerstudie_hese.html

Auf der Plattform <http://www.hese-project.org> kann man unter dem Forum Medizin die Power-Point-Präsentation der Veranstaltung von Naila herunterladen. Gleichzeitig ist dem Forum Medizin ein Thread eröffnet worden, in dem auf wissenschaftlicher Basis zum Thema Pilotstudie Naila und Ausweitung der Studie auf das gesamte Bundesgebiet diskutiert werden kann. Leider hat es bis dato noch keine Eintragungen gegeben. Während in anderen Foren über die Naila-Studie oberflächlich diskutiert worden ist, hat man das Angebot der Forschungsgruppe EMF/MF des h.e.s.e.-projects konstruktiv und inhaltlich darüber zu diskutieren nicht angenommen. Das ist schade, weil hier die Möglichkeit bestünde, wirklich etwas konstruktiv zu tun. Ende September bis Mitte Oktober soll nämlich ein Forschungsprogramm entwickelt werden (Studiendesign), was auch auf andere Ortschaften übertragbar ist (evtl. europaweit). Diesbezügliche Informationen zwischen Ärzten und Wissenschaftlern werden mittlerweile ausgetauscht. Auch immer mehr Anfragen von Ärzten erreichen die Forschungsgruppe des h.e.s.e.-projects mit der Bitte um mehr Informationen, da man sich dem Nailaer Projekt anschliessen möchte, bzw. etwas ähnliches in den jeweiligen Ortschaften durchführen möchte. Wir bitten deshalb nochmals alle Interessierten, egal von welcher Seite, darum sich an dieser Aktion zu beteiligen und das Forum bzw. den Thread zu benutzen, Ihre konstruktiven Kritiken, sowie Vorschläge dort einzubringen. Liebe Leute kommt hinterher nicht und beschwert euch oder meckert daß dies oder jenes nicht beachtet wurde. Ihr habe Alle die Möglichkeit, diese zukünftige flächendeckende Untersuchung so transparent wie möglich zu gestalten und daran mitzuwirken. Dies gilt sowohl für Kritiker, wie auch Befürworter des Mobilfunks. ...

Neuer wissenschaftlicher Aufsatz von Dr. U. Warnke (Uni Saarland) auf der Plattform des h.e.s.e.-projects unter News Elektrostatische Longitudinal-Schwingungen und ihre Plasma-Vakuum-Interaktion (doc,1.3MB) <http://www.hese-project.org/de/emf/News/index.php?lang=de>

Zu diesem Arbeit ist auch eine Stellungnahme im Forum Wissenschaft möglich.

Weitere Informationen zur Ärzttestudie Naila auf der Seite von Elektrosmognews.

Immer mehr Ärzte interessieren sich für die in Naila durchgeführte Studie und signalisieren uns ihre Bereitschaft, sowas ebenfalls bei sich durchzuführen. Die Nailaer Ärzttestudie hat großes Echo erzeugt und ist mittlerweile Diskussionsgrund in vielen Kommunen, die sich weitere Schritte überlegen solch Ähnliches bei sich durchzuführen und zu unterstützen, dass äußert sich z. Zt. auch so, dass immer mehr Kommunen sich weigern Sendemasten in den Wohngebieten ihrer Gemeinden aufzustellen und man teilweise schon versucht bestehende Verträge zu annullieren bzw. in Frage stellt. Hier können wir nur empfehlen, Ortsbeiräte, Bürgermeister folgt diesem Beispiel, informiert euch besser, damit ihr hinterher nicht die Prügel (bildlich gemeint) eurer eigenen Bevölkerung einstecken müßt. Auch Ärzte im gesamten Bundesgebiet, sowie im deutschsprachigen, europäischen Raum, die unsere Newsletter lesen, fordern wir auf, sich diesbezüglich zu informieren und sich an den Aktionen zu beteiligen.

08.08.2004

Stealth Cell towers <http://omega.twoday.net/stories/290159/>

Das Mikrowellensyndrom- weitere Aspekte einer spanischen Studie
<http://omega.twoday.net/stories/291620/>

=====

GENMODIFIZIERTES SAATGUT

siehe unter AKTIV

Von MdEP Hiltrud Breyer Europäisches Parlament ASP 8 G 265 Rue Wiertz B-1047 Brüssel Email: hbreyer@europarl.eu.int Homepage: <http://www.hiltrud-breyer.de>

EU-ÖkoNews Nr. 4/04, August 2004 animal public e.V. vom 23.7.2004.

Ökolandbau auf dem Wachstumspfad

Der ökologische Landbau in Deutschland verzeichnete auch im Jahr 2003 mit 5,3% ein stabiles Wachstum bei den Flächen. Auch die Zahl der Ökobetriebe nahm im Vergleich zum Vorjahr um 5,4 Prozent zu. Quelle:

www.verbraucherministerium.de/index-0005F493930310E18F926521C0A8D816.html

Internationaler Saatgutvertrag in Kraft

Der am 29. Juni 2004 in Kraft getretene Internationale Saatgutvertrag regelt den Zugang von Züchtern zu Saatgut, das in den öffentlichen Genbanken der

Vertragsstaaten und in internationalen Sammlungen lagert. Züchterunternehmen können Saatgutmaterial aus der Genbank frei beziehen, um heimische Sorten

weiterzuentwickeln. Nur bei Nutzung der Materialliste zur Entwicklung kommerzieller Sorten in Verbindung mit deren Schutz als geistiges Eigentum müssen Züchter in Zukunft einen Gewinnanteil zahlen. Gleichzeitig sollen Landwirte und ihr Wissen vor Biopiraterie geschützt und an den Vorteilen aus der Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen beteiligt werden. Quelle: PM Öko-Institut vom 29.06.2004; Infos: www.agrobiodiversitaet.net ;

www.fao.org/newsroom/en/news/2004/39887/index.html ,

Gentech-Kennzeichnungspflicht im Alltag

Nach Inkrafttreten der Kennzeichnungspflicht für Gentech-Lebensmittel hat Greenpeace von April bis Juli nur einige wenige gekennzeichnete Produkte in großen

europäischen Supermarktketten gefunden: vier in Deutschland, drei in Belgien, zwei in Großbritannien und der Tschechischen Republik, eins in Dänemark sowie in Schweden, Spanien und Griechenland jeweils kein einziges Produkt. Mit 14 wurden die meisten GVOgekennzeichneten Produkte in Frankreich gefunden,

dicht gefolgt von den Niederlanden mit 12. Quelle: PM Greenpeace European Unit, 26.7.2004.

Spanien kündigt Gutachten zu Gen-Pflanzen von "unabhängigen Forschern" an

Die spanische Umweltministerin Cristina Narbona hat am 22. Juni angekündigt, ihre Regierung würde in Gentech-Fragen zukünftig den Rat von unabhängigen

Experten in Anspruch nehmen. Sie kritisierte die Entscheidung der konservativen Vorgängerregierung, den GVO-Anbau massiv auszuweiten, ohne eine

abschließende Meinung von Experten abzuwarten. "We want to reinforce independent research in this area, and I underline the word independent, because in this

country, where there is little scientific investigation, many researchers are privately financed by companies that want the research to have a specific conclusion".

Quelle: euractiv vom 23.6.2004.

Schutz vor GVO-Anbau millionenschwer

Der Schutz vor Verunreinigungen durch gentechnisch verändertes Saatgut wird die europäische Landwirtschaft mehrere hundert Mio. Euro jährlich

kosten. Die Kosten für die Koexistenz von GV- und konventionellem Anbau betragen 126 bis 232 Euro pro ha bei Raps und 55 bis 195 Euro pro ha bei Mais. Unter der Annahme, dass 80% der gesamten Anbaufläche von der Koexistenz betroffen wären, würde dies jährliche zusätzliche Kosten von 300 Mio. Euro für Mais und 450 Mio. Euro für Raps bedeuten. Quelle: Dow Jones Newsletter vom 8.7.2004, S. 8.

Österreichische Schritte zu gentechnikfreier Landwirtschaft und Lebensmittelerzeugung

In Österreich gilt bereits eine Nachweisgrenze von 0.1% für GVO-Saatgutverunreinigungen. Nun fordert ein 4- Parteien-Antrag von den Mitgliedern der

Bundesregierung auf europäischer Ebene gegen die Neuzulassung von GVO's einzutreten; sich für eine gemeinschaftsweite harmonisierte Regelung der

Koexistenz und der Haftung einzusetzen, da mögliche Verunreinigungen mit GVO's an den Grenzen nicht Halt machen; und Haftungsfragen auch im Rahmen von

nationalen gesetzlichen Regelungen zu prüfen. Quelle:

www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,685700&_dad=portal&_schema=PORTAL

INDUSTRIE

Von: Coordination gegen BAYER-Gefahren 10. August 2004

"Schlag gegen Geheimnistuerei der Konzerne"

Klage von BAYER gegen englische Umweltschützer gescheitert

Juristische Drohveruche des BAYER-Konzerns gegenüber dem britischen Umweltverband Friends of the Earth (FOE) sind gescheitert. Das Unternehmen versuchte FOE daran zu hindern, Studienergebnisse über Risiken des Pestizids Glufosinat zu veröffentlichen. Obwohl die Untersuchungen in mehreren Ländern frei zugänglich sind, wollte der Konzern bei Zuwiderhandlung hohe Strafzahlungen erzwingen.

Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren: "Wir verurteilen die aggressiven Einschüchterungsversuche von BAYER gegenüber Umwelt-Organisationen. Mit der Macht starker Rechtsabteilungen wird immer wieder verhindert, dass Informationen über Gesundheitsrisiken in die Öffentlichkeit gelangen. Friends of the Earth hat einen Erfolg für die gesamte Umweltbewegung errungen." Die Coordination gegen BAYER-Gefahren, die das Unternehmen seit mehr als 25 Jahren überwacht, war selbst mehrfach Opfer juristischer Attacken des BAYER-Konzerns.

Da Glufosinat zu den meistverwendeten Herbiziden in Europa gehört, hatte Friends of the Earth im Jahr 2000 die britische Umweltbehörde Pesticides Safety Directorate aufgefordert, die Studienergebnisse zu veröffentlichen. BAYER ging gerichtlich gegen die Weitergabe der Daten vor. Doch der Umweltverband kontaktierte parallel amerikanische und skandinavische Ministerien. Schweden und Dänemark sandten die Untersuchungsergebnisse umstandslos zu. "Wir wollten zeigen, dass BAYER diese Daten fälschlich als "top secret" bezeichnet und der Öffentlichkeit vorenthält, obwohl sie in anderen Ländern frei zugänglich sind", so Phil Michels von FOE.

Nun holte BAYER die juristische Keule heraus und klagte mit dem Ziel, FOE daran zu hindern, den Besitz der Untersuchungen und ihre Herkunft öffentlich zu machen. Zudem sollte der Umweltverband sich verpflichten, keine weiteren Studien von ausländischen Behörden anzufordern. Selbst die bloße Nennung der Studien-Titel wollte BAYER unter Strafe stellen lassen.

Der Umweltverband bewies Durchhaltevermögen und widersetzte sich den Einschüchterungen – mit Erfolg. BAYER musste sich verpflichten, FOE in vergleichbaren Fällen nicht mehr zu verklagen. "Die Konzernverantwortlichen dachten, dass wir allein wegen der Verfahrenskosten den Schwanz einziehen würden", so Phil Michels. "Dies ist ein wichtiges Signal gegenüber dem "Big Business", dass man uns nicht zum Schweigen bringen kann." Tony Jupiter, Direktor von Friends of the Earth, ergänzt: "Unsere Nahrung wird Tag für Tag mit diesen Substanzen behandelt. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, welche Risiken von Chemikalien ausgehen, die wir über das Essen, das Wasser und die Luft aufnehmen". Friends of the Earth schaltete eine website frei, über die die "Geheim-Studien" angefordert werden koennen.

http://www.foe.co.uk/campaigns/real_food/news/2004/june/bayer/how_to_obtain.html

BAYER gehört zu den größten Pestizid-Herstellern der Welt; im Sortiment befinden sich extrem gefährliche Wirkstoffe wie Parathion, Monocrotophos, Fenamiphos und Aldicarb. Der Wirkstoff Glufosinat wird im Obst-, Wein-, Getreide- und Gemüsebau eingesetzt und wird von BAYER auch in Kombination mit gentechnisch verändertem Saatgut (Raps, Mais, Reis, Zuckerrüben) angeboten.

Coordination gegen BAYER-Gefahren CBGnetwork@aol.com www.CBGnetwork.de

=====

INFOS von weiteren Organisationen

Die Atomkraftgegner aus dem Wendland informieren über Ereignisse im Zusammenhang mit den Gorlebener Anlagen, über die Auseinandersetzungen mit der Atomindustrie und deren Helfer in den diversen Regierungen. www.castor.de/newsletter

Neuer Bericht der Internationalen Atomenergie- Organisation (IAEA)

Die IAEA prognostiziert in ihrem Bericht über die Zukunft der Kernenergie in der Welt einen Auftrieb der Kernenergie aufgrund der Angst vor den Folgen des

Klimawandels. Zudem scheint sich der Appetit nach Atomenergie immer mehr nach Osten zu verlagern. Von den in jüngster Zeit 31 angeschlossenen Atommeilern gingen allein 21 in Asien ans Netz, von den derzeit in Bau befindlichen 27 Kernkraftwerken stehen 18 in Asien. (Der Url steht nicht mehr im Netz)

!***

Vom eco-info - der Newsletter des eco-Umweltinstituts, Ausgabe 2004-10

Ganz allmählich sickert die Nachricht durch: Die WHO stuft Formaldehyd als fuer den Menschen krebserregend ein. Damit steht es in einer Reihe mit Asbest, Benzol, Cadmium u.a.. Starker Verdacht wird auch für die Leukämie-auslösende Wirkung von Formaldehyd geäußert. Die Konsequenzen dieser Einschätzung sind weitreichend, Alternativen für den gefährlichen Stoff kaum vorhanden.

Erinnern Sie sich noch? Anfang der 70er Jahre machte eine Formaldehyd-belastete Schule in Köln Schlagzeilen. Das war der erste spektakuläre Fall einer "gesundheitsgefährdenden Innenraumbelastung". Seitdem werden reihenweise Schulen und andere Gebäude untersucht und saniert. Wir fragen uns: Wem helfen 30 Jahre zur Erkenntnisgewinnung?

In eco-info, dem Newsletter des eco-UMWELTINSTITUTs, informieren wir über die aktuellen Gesetze und Verordnungen auf nationaler und europäischer Ebene, Entwicklungen im Bereich der ökologischen Produktprüfung von Bedarfsgegenständen und Konsumartikeln, Neues vom Bekleidungs- und Baustoffmarkt und natürlich auch Entwicklungen aus dem eco-Umweltinstitut. Die

Meldungen werden von uns nach journalistischen Kriterien ausgewählt und sollen zur Information dienen - nicht alle Inhalte geben dabei auch unsere Meinung wieder. Im Gegensatz zu vielen anderen Newslettern können bei uns Meldungen nicht gegen Gebühr veröffentlicht werden! Die Einzelnachrichten können Sie ausdrucken und per email weiterversenden. Sie können in der Nachrichten-Datenbank nach Kategorien, Zeiträumen oder Newsletterausgaben recherchieren oder die Volltextsuche nutzen. Probieren Sie es aus.
Die Nachrichten u .a im Einzelnen

1. | 13.08.2004 | Chemikalien IARC stuft Formaldehyd als krebserregend ein
IARC / eco-Umweltinstitut Das der WHO zugehörige Internationale Krebsforschungsinstitut IARC (International Agency for Research on Cancer) stuft Formaldehyd als krebserregend für Menschen ein. Bisher galt der Stoff als "wahrscheinlich krebserregend". <http://www.eco-institut.de/>

2. | 12.08.2004 | Chemikalien Titan soll den Weichmachern Grenzen setzen
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Für Infusionen müssen Schlauch und Beutel elastisch sein, und Kunststoffprodukte erfüllen diese Bedingung bestens, weil sie Weichmacher enthalten. Phtalate erweisen sich hier wie in anderen Bereichen der Medizintechnik als äußerst nützlich, doch zugleich bedeutet der Kontakt mit diesen Substanzen ein Gesundheitsrisiko, vor allem wegen ihrer hormonähnlichen Wirkungen. <http://www.eco-institut.de/>

3. | 17.08.2004 | Chemikalien Allergien durch Weichmacher?
vistaverde / Environmental Health Perspectives. In der häuslichen Umgebung von Kindern mit Allergien bzw. Asthma finden sich demnach deutlich höhere Konzentrationen bestimmter Weichmacher als im Umfeld nicht betroffener Kinder. Ihre Resultate präsentieren die Forscher im Fachblatt "Environmental Health Perspectives". <http://www.eco-institut.de/>

4. | 07.08.2004 | Chemikalien
Desinfektionsmittel im Haushalt WDR "ARD-Ratgeber Bauen & Wohnen"
Wenn der neun Jahre alte Manuel mit Desinfektionsmitteln in Berührung kommt, die in vielen Zahnpastatuben, Teppichböden, Wandfarben und Haushalts-Reinigungsmitteln enthalten sind, fängt seine Nase an zu bluten, und er muss sich übergeben.

<http://www.eco-institut.de/>

5. | 16.08.2004 | Chemikalien Sonnenschutzmittel können Hormonhaushalt stören vistaverde.
Wissenschaftler untersuchen die möglicherweise schädigenden Wirkungen von Substanzen, die UV-Strahlen absorbieren können und die in zahlreichen kommerziell erhältlichen Sonnenschutzmitteln Verwendung finden. Das berichtete Wolfgang Wuttke, der Direktor der Abteilung für Klinische und Experimentelle Endokrinologie der Universitätsklinik Göttingen, am Donnerstag. Die Forschung wird von der Europäischen Union gefördert. <http://www.eco-institut.de/>

6. | 16.08.2004 | Chemikalien Brandschutzmittel in Zuchtlachsen entdeckt
Indiana University / eco-Umweltinstitut Die Forscher untersuchten 700 Lachse auf der ganzen Welt unter anderem auf Polybromierte Diphenylether (PBDE), die als Flammschutzmittel in Elektrogeräten und Möbeln verwendet werden. <http://www.eco-institut.de/>

... 17. | 20.08.2004 | Recht Europäern werden höhere Umweltschutzniveaus vorenthalten
Europäische Kommission Die Europäische Kommission hat heute einen Bericht über die Durchführung und Durchsetzung des EU-Umweltrechts veröffentlicht. Der Bericht untersucht die ordnungsgemäße Umsetzung des EU-Umweltrechts in den Mitgliedstaaten. Er kommt zu dem Schluss, dass es 2003 in 301 Fällen zu erheblichen Versäumnissen bei der Umsetzung der Umweltrichtlinien gekommen ist. Dadurch erhalten die Bürger nicht das von ihnen erwartete hohe Umweltschutzniveau. <http://www.eco-institut.de/>

... 28. | 05.08.2004 | Lese-Tipp

UMID berichtet über Umweltsurvey und Erkrankungsrisiken durch Fluglärm
Umweltbundesamt Die aktuelle Ausgabe des Umweltmedizinischen Informationsdienstes (UMID) informiert über Schimmelpilzbefall in Innenräumen und widmet sich der Frage, ob eine zusätzliche Aufbereitung des häuslichen Trinkwassers - sie ist in der Regel nicht erforderlich! - notwendig ist. Weitere Themen sind: "Uminfo" - eine seit zehn Jahren existierende Vernetzung des Öffentlichen

Gesundheitsdienstes (ÖGD); Pestizidbehandelte Textilien als wahrscheinliche Ursache für gesundheitliche Störungen. <http://www.eco-institut.de/>

Hinweis:

Der Newsletter eco-info wird herausgegeben vom eco-Umweltinstitut, Sachsenring 69, 50677 Köln. Email unter: info@eco-info.de Homepage: <http://www.eco-institut.de/>

Von PAN:

Gemeinsam mit dem BUND nimmt PAN Germany zu zwei aktuellen Themen der deutschen Pflanzenschutzpolitik Stellung

1. Novellierung des Pflanzenschutzgesetzes soll Transparenz bringen

Derzeit wird vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) ein Entwurf zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes erarbeitet. PAN Germany und der BUND fordern in ihrer gemeinsamen Stellungnahme zum aktuellen Entwurf umfassende Änderungen, insbesondere die Herstellung eines gläsernen Pestizideinsatzes in Deutschland und Transparenz bei Pestizidexporten.

Die Stellungnahme steht im Internet unter: http://www.pan-germany.org/download/PflSchG_04.pdf (pdf-file, 111 kb) zur Verfügung.

2. Gute fachliche Praxis nicht konkret genug

Mit dem Pflanzenschutzgesetz (PflSchG) von 1986 wurde festgelegt, dass Pestizide nur nach guter fachlicher Praxis (GFP) angewandt werden dürfen. Die Grundsätze für die Durchführung der GFP wurden jetzt vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL) überarbeitet.

In ihrer gemeinsamen Stellungnahme erkennen PAN Germany und der BUND positive Ansätze, bemängeln aber insbesondere das Fehlen von konkreten und verbindlichen Kriterien. Auch diese Stellungnahme steht im Internet zum Download bereit: http://www.pan-germany.org/download/GFP_PAN_04.pdf (pdf-file, 131 kb)

Weitere PAN Germany Stellungnahmen finden Sie unter: <http://www.pan-germany.org/stellung.htm>

Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. Fon: +49 (0)40-39 91 91 0-0

Nernstweg 32, D-22765 Hamburg Fax: +49 (0)40-390 75 20

Please use our new mail address: <mailto:presse@pan-germany.org> Do you know our website? A lot of interesting information is available at: <http://www.pan-germany.org>

von panda

Europäer nehmen Chemikalienrisiko ernst - 93% der Europäer sind überzeugt, dass Chemikalien die Gesundheit negativ beeinflussen;

- 83% sind besorgt über Chemie-Rückstände in Tier- und Pflanzenwelt sowie im menschlichen Körper;

- 69% sind willens, einen höheren Verbraucherpreis zu zahlen, um die Kosten der europäischen Chemikalienreform zu tragen (nach Berechnungen ca. 1 Euro pro Einwohner und Jahr, gerechnet auf 450 Mio. Menschen in der EU).

Dies haben drei Meinungsumfragen (Eurobarometer, IPSOS und Cognitive) ergeben.
www.panda.org/detox

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

31.08.2004

Herzinfarkt: Luftverschmutzung und Laerm erhoehen Risiko München (dpa) - Luftverschmutzung und Lärm erhöhen neuen Studien zufolge das Herzinfarktrisiko erheblich. Das berichteten Mediziner am Dienstag auf dem Kongress der Europäischen Kardiologengesellschaft (ESC) in München. Bei anhaltendem Lärm stieg... URL steht nicht mehr zur Verfügung.

-

"Ganzkörper-CT" erhöht Krebsrisiko – US-Experte: "Strahlenrisiko wie nach Atombombenabwurf"

NEW YORK. Die hoch auflösenden Abbildungen der Computertomographie, die auch gerne in den Medien gezeigt werden, sind für viele Menschen derart überzeugend, dass die Nachfrage nach "Ganzkörper-CTs" ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17393>

27.08.2004

Saubere Haushalte foerdern Asthma

Australische Studie warnt vor Haushaltsgiften <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040826021>

Luft ueber Indischem Ozean starke verschmutzt
Neue Untersuchung zeigt schwere Belastung über unbewohnten Gebieten
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040826031>

Luftverschmutzung durch Tabakrauch stärker als durch Dieselmotoren

LONDON. Die Luftverschmutzung, die durch Tabakrauch erzeugt wird, ist nach den Ergebnissen eines kontrollierten Experiments zehnmal größer als die durch Dieselfahrzeuge verursachte Verschmutzung der ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17340>

Chemie: Medikamenten-Cocktail im Trinkwasser
Millionen Deutsche schlucken täglich Medikamente. Was nicht verbraucht wird, landet tonnenweise in der Kanalisation. Die Folge: Im Trinkwasser wabert eine bunte Arznei-Mischung, deren Wirkung kaum absehbar ist.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,druck-314868,00.html>

und/oder

Trinkwasser wird zum Medikamenten-Cocktail
Forscher finden von Hormonen bis Antibiotika alle Präparate
<http://www.presetext.de/pte.mc?pte=040827003>

Anmerkung Scherrmann: Seit vielen Jahren schreibe ich an Behoerden, dass Medikamentenrueckstaende auch in das Blickfeld der Wasseranalyse gehoert. Ich bekam nie eine Antwort.

26.08.2004

Informationsfreiheitsgesetz: Schlechte Zeiten für Geheimniskrämer
In Kürze wollen SPD und Grünen ein Gesetz vorstellen, das das Amtsgeheimnis aufhebt. Danach müssen es Behörden ab 2005 schriftlich begründen, wenn sie Bürgern eine verlangte Auskunft nicht

geben wollen. Eine kleine Kulturrevolution.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,druck-314786,00.html>

Hintergrundinformationen zu diesem Gesetz u. v.a.

Deutschland, die verspätete Nation: <http://www.heise.de/tp/deutsch/special/frei/16121/1.html>

23.08.2004

Schwangere: Renovierungsarbeiten meiden

Königswinter (dpa) - Schwangere sollten sich möglichst nicht an Renovierungsarbeiten beteiligen. Ausdünstungen von Anstrichen, Klebstoffen, Teppichen und neuen Möbeln können die Gesundheit des ungeborenen Kindes schädigen, warnt die...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2004&m=8&d=24&id=114131>

-

20.08.2004

Erhöhtes Leukämierisiko in der Nähe von Tankstellen/Werkstätten

VILLEJUIF/FRANKREICH. Kinder, die in der Nähe von Tankstellen oder Werkstätten aufwachsen, haben ein deutlich erhöhtes Risiko, an einer Leukämie zu erkranken. Besonders hoch war das Risiko auf eine ... <http://www.aerzteblatt.de/v4/news/news.asp?id=17279>

19.08.2004

Künstliche Befruchtung mit Risiken - Mehr Fehlbildungen und sehr häufig Frühgeburten

Baierbrunn (ots) - Kinder, die nach künstlicher Befruchtung geboren werden, tragen ein höheres Risiko für Fehlbildungen. In die Kritik geraten ist in den vergangenen Jahren besonders die ICSI-Methode, bei der ein Spermium direkt in eine Eizelle injiziert wird. Das vorläufige Fazit etlicher großer Studien dazu: Das Risiko ist vergleichbar mit dem einer herkömmlichen IVF, bei der Spermien das Ei in der Petrischale befruchten. Wie das Apothekenmagazin "Gesundheit" berichtet, haben nach beiden Methoden etwa neun Prozent der Föten in der 16. Schwangerschaftswoche Fehlbildungen. Bei natürlich erreichter Schwangerschaft sind es nur sechs Prozent. Zudem wird ein Viertel der künstlich gezeugten Kinder zu früh geboren. "Wir glauben, dass es vor allem genetische Faktoren der Eltern sind, die das Risiko erhöhen, und nicht die Techniken an sich", sagt Dr. Michael Ludwig, Leiter einer entsprechenden Studie an der Universität Lübeck.

Das Apothekenmagazin "Gesundheit" 8/2004 liegt in vielen Apotheken aus und wird kostenlos an Kunden abgegeben. Mehr Texte auch online: www.GesundheitPro.de > Button "Apotheken Magazine" > Presse-Service

ots-Originaltext: Wort und Bild - Gesundheit

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de>

Anmerkung Scherrmann: Es gibt Studien, dass Schadstoffe bei Fehlbildungen, Frühgeburten und bei Unfruchtbarkeit eine grosse Rolle spielen. Mit Sicherheit spielen sie auch bei Gendefekten eine Rolle, auch wenn dies noch kaum untersucht wurde. . (Die Molekularmedizin beschäftigt sich hauptsächlich mit der Reparatur eines Gendefektes, also nicht mit den Ursachen der Schädigungen). Also ist es auch logisch, dass bei "künstlicher Befruchtung mehr Fehlbildungen und sehr häufig Frühgeburten" auftreten.

Direktor für das Europäische Präventions-Zentrum in Stockholm gesucht

BRÜSSEL. Für das neu einzurichtende Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten, das voraussichtlich Anfang Mai nächsten Jahres seine Arbeit in Stockholm aufnehmen wird, ... <http://www.aerzteblatt.de>

Anmerkung Scherrmann: Ich bin sehr neugierig, ob die Praevention - endlich - auch auf andere Bereiche ausgedehnt wird. Vielleicht schafft es die EU, was in Deutschland - noch - nicht moeglich ist.

17.8.2004

ICD-10-GM und OPS: Neue Versionen für das Jahr 2005. Für das DRG-Vergütungssystem beginnt am 1. Januar 2005 die Konvergenzphase. Zur Vorbereitung darauf hat das DIMDI die neuen Versionen 2005 der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD-10-GM) und des Operationen- und Prozedurenschlüssels (OPS) auf seinen Internetseiten veröffentlicht. <http://www.dimdi.de/>

13.08.2004

Umweltgifte: Brandschutzmittel in Lachsen entdeckt
Lachs aus Zuchtfabriken enthält einer Studie zufolge hohe Konzentrationen von Flammenhemmenden Substanzen. Das haben US-Forscher herausgefunden. Bereits zu Jahresbeginn hatten die Wissenschaftler andere Umweltgifte im Fischfleisch nachgewiesen.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/erde/0,1518,druck-312948,00.html>

06.08.2004

Zu viele Pestizide im Obst Nach Angaben der Umweltorganisation Friends of Earth sind täglich bis zu 220 Kleinkinder in Großbritannien zu hohen Mengen an Pestiziden von Obst ausgesetzt.
<http://www.aerztlichepraxis.de>

Berauschend und gefährlich - Kava-Kava-Allergie Wenngleich im Juni 2002 in Deutschland der Vertrieb von Kava-haltigen Medizinprodukten verboten wurde, werden in Praxen und Kliniken nach wie vor Kava-Kava-Allergien diagnostiziert. <http://www.aerztlichepraxis.de>

03.07.2004

Pathogene Prionen bestehen nur aus Eiweiss Forscher um den US-Nobelpreisträger Professor Stanley Prusiner aus Baltimore und Forscher der Universität Düsseldorf haben nun mit einem Experiment bewiesen, daß pathogene Prionen tatsächlich nur aus Eiweiß bestehen
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=320954,3544,/medizin/bse>

=====

RECHT

Neues in V/SB-INFO vom 22.08.2004 - Ein Service von <http://www.uwendler.de> und von <http://www.anhaltspunkte.de> -

am 30.08.2004 wurde in V/SB-INFO neu eingestellt:

- Bayerisches LSG, Urteil vom 11.05.2004 - L 15 VS 17/02 ZDG: Der versorgungsrechtlich geschützte Bereich bei unfallunabhängigen Gesundheitsstörungen, für deren Auftreten Wehr- bzw. Zivildienst verantwortlich gemacht wird, bestimmt sich nach dem Vorbild des Berufskrankheitenrechts der gesetzlichen Unfallversicherung. Im Katalog der Berufskrankheiten sind Erkrankungen der Brustwirbelsäule - im Unterschied zu solchen der Lenden- und der Halswirbelsäule - nicht enthalten. Daraus folgt, dass medizinisch-statistische Erkenntnisse über ein erhöhtes Auftreten von Erkrankungen der Brustwirbelsäule bei bestimmten Tätigkeiten nicht vorliegen. Wenn die Voraussetzungen des Berufskrankheitenrechts aber damit nicht gegeben sind, kommt eine Anerkennung als Schädigungsfolge allein noch in Betracht, wenn besondere außerordentliche Belastungen, die typischerweise nur unter den Bedingungen des Krieges auftreten, für das Auftreten der Erkrankung

verantwortlich gemacht werden können. Eine derartige außerordentliche kriegsähnliche Belastung stellt eine Tätigkeit als Lagerungspfleger in einem Krankenhaus aber nicht dar. Selbst wenn man nicht davon ausgeht, dass der "Zivildienst" per se das Auftreten außerordentlicher Belastungen, wie sie typischerweise nur im Kriegsfall auftreten, ausschließt, so handelte es sich bei der Tätigkeit als Lagerungspfleger um eine Tätigkeit, wie sie auch sonst von Pflegekräften ausgeführt wird.

Bayerisches LSG, Urteil vom 06.04.2004 - L 15 SB 51/03: Die "Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit" (AHP) erwähnen die seltene Erkrankung "Karthagener Syndrom" zwar nicht ausdrücklich. Da die Krankheit, ähnlich wie die Mukoviszidoseerkrankung zu einer Ansammlung von zähem Schleim in den Bronchien mit rezidivierenden Atemwegsinfekten und Lungenfunktionseinschränkungen führt, sind aber in erster Linie die Regelungen der AHP 1996 Nr.26.15 auf S.120 hinsichtlich der Mukoviszidose (zystischen Fibrose) heranzuziehen. Danach ist ein GdB von 30 bis 40 vorgesehen, wenn unter Therapie die Aktivitäten und die Lungenfunktion des Betroffenen leicht eingeschränkt sind, Gedeihen und Ernährung jedoch noch altersgemäß erscheint.

LSG Berlin, Urteil vom 25.03.2004 - L 11 SB 15/02: Pseudarthrosen (hier im Beckenbereich) können die Feststellung einer außergewöhnlichen Gehbehinderung (Nachteilsausgleich "aG") rechtfertigen. Dies gilt zumindest dann, wenn der behinderte Mensch wegen der Pseudarthrosen selbst kurze Gehstrecken nur unter Schmerzen zurücklegen kann und damit letztlich keine schmerzfreie Gehstrecke mehr besteht.

BVerfG, Beschluss vom 14.10.2003 - 1 BvR 901/03: Gerichtsverfahren sind in angemessener Zeit zu beenden. Dies gilt insbesondere u.a. für Prozesskostenhilfverfahren, die wegen ihrer Natur und ihrer Bedeutung für die Betroffenen einer gewissen Eilbedürftigkeit unterliegen. Diese Verfahren bieten nicht selber den gebotenen Rechtsschutz, sondern sollen ihn erst zugänglich machen. Deshalb dürfen die Anforderungen, insbesondere an den Vortrag der Beteiligten, nicht überspannt werden. Dies gilt aber auch bei der Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Ein Prozesskostenhilfesuch darf deshalb nicht insgesamt abgelehnt werden, wenn einzelne Angaben fehlen. Der Grundsatz des fairen Verfahrens gebietet, dass die Anforderungen, welche die Gerichte im Interesse der Verfahrensbeschleunigung an die Verfahrensbeteiligten stellen, in einem vernünftigen Verhältnis zu der Gesamtdauer des Verfahrens stehen, insbesondere soweit die Dauer des Verfahrens den Gerichten zuzurechnen ist.

am 22.08.2004 wurde in V/SB-INFO neu eingestellt:

LSG NRW, Urteil vom 13.07.2004 - L 6 VH 52/00: Die Anerkennung einer narzisstische Persönlichkeitsstörung als Schädigungsfolge setzt u.a. voraus, dass die medizinisch-wissenschaftlichen Diagnosekriterien für eine solche Erkrankung nach dem ICD-10 bzw. nach dem DSM-IV erfüllt sind; es müssen mindestens fünf der Diagnosekriterien erfüllt sein.

LSG NRW, Urteil vom 17.06.2004 - L 7 SB 101/03: Der GdB für einen Diabetes mellitus ist unabhängig vom Alter zu bestimmen. Jugendliches Alter rechtfertigt keine höhere Bewertung der Zuckerkrankheit. Auch das Tragen einer Insulinpumpe führt zu keinem höheren GdB. Eine Hypoglykämie bei Kindern und Erwachsenen liegt erst bei einer Verminderung des Blutzuckers unter 2,8 mmol/l (50 mg/dl) vor.

LSG Niedersachsen - Bremen, Urteil vom 25.04.2003 - L 9 SB 2/02: Für eine Krebserkrankung (hier malignes Prostata-Karzinom) ist die Feststellung eines GdB erst ab dem Zeitpunkt gerechtfertigt, zu dem dieses Krankheitsbild festgestellt worden ist.

Anm.: Das Urteil entspricht dem Beschluss des des Ärztlichen Sachverständigenbeirats beim Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung vom 13.11.2002, in dem darauf hingewiesen wurde, dass zwar ein organischer Schaden aufgrund einer Krebserkrankung durchaus vor Feststellung der Erkrankung bestanden habe könne. Der GdB für eine solche bösartige Erkrankung umfasse aber insbesondere die besondere soziale Situation (z.B. den Versuch der aktiven Bewältigung der Diagnose "Krebs"); diese Situation liege jedoch nicht vor, solange Unkenntnis der Tumorträgereigenschaft bestehe.

Vorteile bei Bewilligung von Parkerleichterungen außerhalb der aG-Regelung in NRW: Die - je nach Bundesland unterschiedlichen - Voraussetzungen der Ausnahmegenehmigung zur Bewilligung von

Parkerleichterungen für Behinderte außerhalb der aG-Regelung wurden bereits im vergangenen Jahr dargestellt. Nun werden die (zumindest in Nordrhein-Westfalen) daraus resultierenden Vorteile vorgestellt.

TERMINE

Vom 12. bis 15. September findet in der Kölner Messe die Agricultural Biotechnology International Conference (ABIC 2004) statt. Die ABIC gehört nach eigenen Angaben zu den "weltweit wichtigsten Konferenzen zur Bio- und Gentechnik" und richtet sich an "Wissenschaftler, Industrie-Vertreter, Investoren und Politiker". Am 12.9. findet im Maternushaus in Köln eine Gegenkonferenz mit prominenten Referentinnen und Referenten wie Vandana Shiva statt. Detailinformationen zur Gegenkonferenz.

Der Umstand, dass Brüssel Deutschland derzeit den Gentech-Anbau aufzwingen möchte, verleiht der Messe einen besonderen Stellenwert. <http://www.umweltinstitut.org/frames/allg/press/f-20040812.htm>

Einladung zum Ersten Sozialforum in Deutschland - Für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Natur

In Deutschland werden unter dem Begriff "Reformen" profitorientierte Interessen mit Maßnahmen durchgesetzt, die zu Lasten der Bevölkerung gehen." Diese Politik führt zu steigender Erwerbslosigkeit, Verarmung und dem finanziellen Kollaps der Kommunen, der Länder und des Bundes.

Dies ist ein weltweiter Prozess. Die neoliberale Globalisierung führt heute auch in den reichen Ländern zu Entwicklungen, unter denen die Menschen in der südlichen Erdhälfte schon seit Jahren – allerdings weitaus schlimmer – zu leiden haben. Dort wie hier zerstört sie die natürlichen Lebensgrundlagen dieser und kommender Generationen. Die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen wird zunehmend mit kriegerischen Mitteln betrieben. Während für das Kapital alle regulierenden Schranken fallen, werden, wie bei der "Festung Europa", die Mauern gegen den Zustrom von MigrantInnen und Flüchtlingen hochgezogen. Die sozialen Grundbedürfnisse werden durch Privatisierung öffentlicher Güter sowie der Daseinsvorsorge ausgehebelt. Im Namen der globalen Wettbewerbsfähigkeit und der Konkurrenz aller gegen alle werden Tausende Arbeitsplätze vernichtet. Soziale und demokratische Rechte werden abgebaut.

Die gesellschaftliche Unzufriedenheit wird immer größer. Das provoziert die Frage, welche Veränderungen notwendig sind, um die sozialen Grundbedürfnisse und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen zu sichern, Frauen und Männern eine existenzsichernde und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung zu bieten, ihre Würde zu wahren und ihre demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten zu erweitern.

Immer weniger Menschen fühlen sich in ihren Anliegen vertreten. Wir müssen uns selber auf den Weg machen. Wir brauchen dafür ein zivilgesellschaftliches Forum, um uns über verschiedene soziale Milieus hinweg auszutauschen. Dort wollen wir Formen des Widerstands entwickeln und Widersprüche im Streben nach gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten und der Entwicklung von Alternativen überwinden. Dazu bedarf es eines gesellschaftlichen Dialogs in einem offenen Raum jenseits von Parteien und weltanschaulichen Abgrenzungen.

Dieser Dialog ist Teil eines weltweit wachsenden Prozesses. Im südbrasilianischen Porto Alegre fanden sich im Jahr 2001 erstmals Menschen aus aller Welt unter der Losung "Eine andere Welt ist möglich". Parallel zu ähnlichen kontinentalen Foren in Afrika und Asien traten 2002 in Florenz das Erste, 2003 in Paris das Zweite Europäische Sozialforum zusammen. In Deutschland gibt es Sozialforen in vielen Städten und Regionen.

Wir laden alle ein, die sich auf die Suche nach einer gerechten, friedlichen und ökologischen Gesellschaft machen wollen, sich am Ersten Sozialforum in Deutschland im Juli 2005 in Erfurt mit ihren eigenen Vorschlägen und Vorstellungen zu beteiligen und am Vorbereitungsprozess mitzuwirken.

Das Sozialforum in Deutschland ist Teil des Weltsozialforums und arbeitet auf der Grundlage der Charta von Porto Alegre.

Joint International Congress and Exhibition "Electronics Goes Green 2004+. Driving Forces for Future Electronics", vom 6.-8. September 2004 in Berlin. <http://egg2004.izm.fraunhofer.de>

"Atommüll in Benken? So nicht! Wir wollen nicht überrollt werden" Internationale Kundgebung mit Kultur- und Kinderprogramm, am 12. September 2004 ab 10 Uhr in Benken. www.klar-schweiz.com

Internationales Symposium "Greening events. Local governments implementing sustainability principles as

hosts of international events", vom 19.-21. September 2004 in Barcelona. www.iclei.org/itc/greeningsymposium

Konferenz "Ergrünt die Bio-Technologie?", am 25. September 2004 in Berlin. www.gruenefraktion.de/cms/termine/dok/30/30429.ergruent_die_biotechnologie-print.pdf

12. EEAC-Annual Conference "Towards a European Policy on the Marine Environment", vom 14.-16. Oktober 2004 in Berlin. Infos und Anmeldung: www.umweltrat.de

Konferenz "Sustainable Freight Transport in Sensitive Areas", am 27./28. Oktober 2004 in Wien. www.euractiv.com/ndbtext/agenda/conf_programme_vienna_july2004.doc

"Internationaler Abfallwirtschaftskongress. Die Abfallwirtschaft in der erweiterten EU", vom 10.-12. November 2004 in Wien. www.gutwinski.at

=====

WISSENSCHAFT

17.08.04 Gehirnleistung bleibt auch im Alter erhalten

Hamburg (ots) - Der Spruch "Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr" hat keine Gültigkeit mehr. Das Gehirn bleibt im fortgeschrittenen Alter leistungsfähiger, als Experten bislang glaubten. Das belegen neue internationale Studien, wie die Zeitschrift VITAL berichtet. Die Annahme, wonach die entscheidenden Lernprozesse in der Kindheit ablaufen, sind danach überholt. Der Neurobiologe Lawrence Katz von der Duke Universität North Carolina

(USA) spricht beim Gehirn von einem "elastischen Organ". Es bleibe bis ins hohe Alter leistungsfähig, da ständig neue Nervenzellen gebildet würden. Verantwortlich dafür seien so genannte NMDA-Rezeptoren, die darauf warteten, Nervenzellen miteinander zu verbinden.

Diese neuen Erkenntnisse haben nach Ansicht des Neurobiologen Michael Merzenich von der Universität San Francisco direkten Einfluss auf das tägliche Leben: "Anstatt über vertane Chancen zu klagen - weil wir im Kindesalter nicht alles gelernt haben - werden wir unser Wissen nutzen, um auch

im Alter effektiv zu lernen." Vorteil für die über 30-Jährigen: Das Gehirn kann auf Fertigkeiten und Fähigkeiten zurückgreifen, die es in jungen Jahren entwickelt hat. So muss man sich beispielsweise im Russischkurs nicht mit Rechtschreibung und Grammatik aufhalten, sondern kann sich vollständig auf die Entzifferung kyrillischer Buchstaben konzentrieren.

Natürlicher Feind des lebenslangen Lernens ist die Routine. Denn die Gewohnheiten "tragen nicht dazu bei, die kognitiven Fähigkeiten auf hohem Niveau zu halten", betont Eberhard Fuchs vom deutschen Primatenzentrum in Göttingen. Beste Voraussetzung für erfolgreiches Lernen ist nach Aussage von Psychologen die richtige Motivation. Was uns intellektuell fasziniert und von Herzen erfüllt, wird auch konsequent verfolgt. Wer hingegen denkt "Ich müsste mal...", hat wenig Aussicht auf Erfolg.

Das Ziel definieren, Informationen sammeln, sich von Zweifeln nicht beirren lassen, die Überwindung der üblichen Stagnationsphase und die praktische Anwendung neuer Kenntnisse - das sind nach Expertenansicht die entscheidenden Elemente zur Verwirklichung persönlicher Ziele.

Diese Meldung ist unter Quellenangabe VITAL zur Veröffentlichung frei. ots-Originaltext: Vital - Jahreszeiten Verlag Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=7515>

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz Pressestelle

Müller: Gasschnüffeln - Vorsicht vor tödlicher Gefahr Kinder und Jugendliche unterschätzen die tödliche Gefahr des Gasschnüffeln. "Schon wenige Atemzüge Gas können tödlich wirken; auch beim erstmaligen Schnüffeln. Die jugendlichen Schnüffler suchen den Rausch und finden den Tod", warnte heute Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller angesichts des aktuellen Todes eines 16-jährigen aus Weiden/Oberpfalz. Müller riet den Eltern, auf Anzeichen wie einen hohen Verbrauch von Feuerzeuggas, Spraydosen oder Campinggasflaschen zu achten, die offensichtlich nicht für den vorgesehenen Zweck eingesetzt werden. Wie bei Drogenkonsum auch, können starke Veränderungen im Wesen, im Kontakt- und Freizeitverhalten auf Suchtgefährdungen hindeuten.

Das Schnüffeln von narkotisch wirksamen leichtflüchtigen Stoffen, Dämpfen oder Gasen zur Rauscherzielung ist nicht neu. "Schnüffeln ist wegen der leichten Zugänglichkeit der Suchtstoffe bisher bekannt als "Sucht der Straßenkinder"; in Deutschland dagegen kein weit verbreitetes Suchtverhalten mit allerdings schnell tödlichem Ausgang", erläuterte Müller. Im Gegensatz zu den bekannten Rauschmitteln, wie Heroin, Kokain, oder Cannabis, sind die beim Schnüffeln verwendeten Substanzen überall im Alltag präsent und werden nicht als potenzielle Rauschmittel erkannt. Suchtstoffe sind Lösemittel z. B. aus Klebstoffen und wohl zunehmend Gase für technische Zwecke. Hierzu zählen das Camping- oder Feuerzeuggas Butan und das unter dem Namen "Lachgas" bekannte Distickstoffoxid, das in den Kartuschen zum Aufschäumen von Sahne enthalten ist.

Diese Substanzen wirken auf das zentrale Nervensystem. Einerseits dämpfend und entspannend, führen sie häufig über eine Zwischenphase körperlicher Abwehrreaktionen wie Übelkeit letztendlich zur gewünschten Hochstimmung. Aber hierdurch können auch Langzeitschäden an Leber, Nieren und Gehirn und starke Persönlichkeitsveränderungen entstehen. Das akute Gefahrenpotenzial darf nicht unterschätzt werden. Durch das Einatmen der Gase reichern sich diese in der Lunge an. Dadurch kann das Gehirn nicht mehr ausreichend mit Sauerstoff versorgt werden. In der Folge können Atemstörungen und Bewusstlosigkeit mit Todesfolge eintreten.

Informationsoffensive zu "Radon" - Gesundheitsministerium: Mehr vorsorglicher Gesundheitsschutz bei Radon - Erhöhte Konzentrationen in Wohnräumen meist leicht vermeidbar Der vorsorgliche Gesundheitsschutz bei höheren Radon-Konzentrationen in Wohnhäusern soll weiter verbessert

werden. Hierzu startete das Bayerische Gesundheitsministerium heute eine Informationsoffensive. Höhere Konzentrationen des natürlich vorkommenden, radioaktiven Edelgases Radon können über einen längeren Zeitraum eingeatmet Lungenkrebs verursachen. Mit einfachen Maßnahmen wie regelmäßiges Lüften oder Abdichtungen können höhere Radonwerte in Gebäuden reduziert werden. Um entsprechende Abhilfe schaffen zu können, müssen Hausbewohner über das natürliche Radon-Vorkommen in ihrer Gegend informiert sein. Daher gibt es ab sofort Informationen rund ums Radon auf der Homepage des Ministeriums unter <http://www.stmugv.bayern.de/de/strahl/radon/index.htm> und ab September als gedruckte Informationsbroschüre. Teil der Offensive ist darüber hinaus ein in den nächsten Tagen stattfindendes Expertengespräch, bei dem betroffene Fachverbände ausführlich über die aktuelle Situation informiert werden.

Radon ist ein Zerfallsprodukt von Uran, das ein natürlicher Bestandteil des Bodens ist und je nach Art des geologischen Untergrunds in unterschiedlichen Mengen überall aus dem Boden strömt. Vor allem im ostbayerischen Raum und im östlichen Voralpengebiet können aufgrund der dort natürlich gehäuft vorkommenden uranhaltigen Gesteine erhöhte Radonkonzentrationen in den Häusern auftreten. Die Radon-Konzentration in Keller- und Wohnräumen kann man anhand einer einfachen, rund 30 Euro teuren Messung ermitteln. Ist ein erhöhter Radon-Gehalt der Raumluft nachgewiesen, ist die einfachste Gegenmaßnahme häufiges, stoßweises Lüften. Sind die Radon-Eintrittsstellen bekannt, kann außerdem das Abdichten der Zufuhrwege wie Risse, Fugen und Durchbrüche für Rohrleitungen mit dauerelastischen Materialien Abhilfe schaffen.

Ganz im Sinne von Gesundheitsminister Werner Schnappauf ist die Radon-Informationsoffensive Fortsetzung einer konsequent verfolgten Vorsorgepolitik. Wichtiges Ziel ist hier die Minimierung aller Lungenkrebs-Risiko-faktoren wie u. a. der Radonkonzentration in Gebäuden. Der wichtigste Schritt zur Verringerung der Zahl der Lungenkrebserkrankungen bleibt jedoch nach wie vor die Eindämmung des Rauchens. Lungenkrebs ist die häufigste Krebstodesursache unter Männern in Deutschland. Auch bei Frauen steigt die Zahl der Todesfälle durch Lungenkrebs in Folge des zunehmenden Zigarettenkonsums. Nach derzeitigen Schätzungen werden etwa 90% aller Lungenkrebsfälle dem Rauchen und ca. 7% dem Radon zugeschrieben. Weitere Lungenkrebs-Risikofaktoren sind neben Rauchen und Radon Dieselruß, Benzol und Asbest.

Redaktionelle Hinweise: Informationen über Radon-Messung, Radon-Verteilung in Gebäuden, Auswirkungen von Radon auf den Menschen sowie Bewertungen und Empfehlungen finden sie ebenfalls auf den Internetseiten des Ministeriums unter: <http://www.stmugv.bayern.de/de/strahl/radon/index.htm>

Rauchfreie Bahnhöfe - Schnappauf: Mehr rauchfreie Räume schaffen - Bahn geht mit gutem Beispiel voran

Die Entscheidung der Deutschen Bahn, fast alle Bahnhöfe zu rauchfreien Zonen zu erklären, hat Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf heute ausdrücklich begrüßt. "Die Deutsche Bahn geht einen wichtigen Schritt für mehr Gesundheit. Wir müssen überall mehr rauchfreie Räume schaffen, um Nichtraucher zu schützen. Die Begrenzung auf spezielle Raucherzonen wird Raucher außerdem zum Nachdenken über den bisher allorts so selbstverständlichen Tabakkonsum anregen", betonte Schnappauf. Der Raucher schädige nicht nur sich selbst; konsumbedingte Erkrankungen führten auch zu höheren, vermeidbaren Gesundheitskosten. Zudem gefährde aufgezwungenes Passivrauchen die Gesundheit der Nichtraucher.

Schnappauf kündigte für den Herbst bayerische Aktionen für mehr Nichtraucherschutz und Nikotin-Suchtprävention an. Insbesondere wird im neuen Schuljahr das Modellprojekt "Rauchfreie Schule" anlaufen.

=====

BUNDESTAG

20.08.2004 Umwelt/Antwort: Regierung: Weitere Deutliche Emissionsminderungen nach 2012 erforderlich

Berlin: (hib/BOB) Um das in der Koalitionsvereinbarung sowie in ihrer Nachhaltigkeitsstrategie vorgesehene Minderungsziel einer 40-prozentigen Reduzierung der Treibhausgase bis 2020 zu erreichen, sind nach Auffassung der Bundesregierung auch nach dem Jahr 2012 weitere deutliche Emissionsminderungen (bezogen auf 1990) in allen relevanten Bereichen erforderlich.

Dies teilt sie in ihrer Antwort (15/3644) auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion (15/3012) mit. Eine Voraussetzung dafür sei aber, dass sich die EU bereit erklärt, ihre Treibhausgase im selben Zeitrahmen um 30 Prozent zu reduzieren, so die Regierung. Vereinbart worden sei innerhalb der Europäischen Union (EU) eine Lastenteilung für die Periode 2008 bis 2012. Das vorgesehene Minderungsziel des von der EU-Kommission übermittelten Nationalen Allokationsplanes (NAP) orientiere sich an der Lastenteilung sowie an dem Erreichen des nationalen Klimaschutzziels nach dem Kyoto-Protokoll. Das Kohlendioxid-Emissionsbudget für die erste Handelsperiode (2005 bis 2007) habe nicht ohne weiteres aus den Zielen der Klimaschutzvereinbarungen zwischen der Bundesregierung und der deutschen Wirtschaft vom November 2000 sowie vom Dezember 2003 abgeleitet werden können. Die Gründe hierfür bestünden unter anderem darin, dass der Kreis der emissionshandlungspflichtigen Anlagenbetreiber nicht vollständig identisch sei mit dem Kreis der Verbände, die sich bis 2005 zu einer Minderung der Kohlendioxid-Emissionen um 20 Millionen Tonnen gegenüber 1998 verpflichtet hätten. Auf die Frage der Union, ob die Regelung des NAP große Emittenten aus der Stromwirtschaft und der Stahlindustrie gegenüber kleineren Emittenten bevorzuge, antwortet die Regierung, dies sei nicht der Fall. Für die am Emissionshandel teilnehmenden Anlagen finde grundsätzlich unabhängig von ihrer Größe ein identischer Erfüllungsfaktor Anwendung.

05.08.2004 Verkehr und Bauwesen/Antwort Auch kuenftig kostenlose Freifahrten fuer Behinderte

Berlin: (hib/VOM) Die Bundesregierung hält an der kostenlosen Freifahrtberechtigung schwerbehinderter Menschen bei Fahrten im öffentlichen Personenverkehr fest. Dies geht aus ihrer Antwort (15/3631) auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion (15/3533) hervor.

Mit der Berechtigung zur kostenlosen Beförderung erhielten die Schwerbehinderten einen Ausgleich für ihre Mobilitätseinschränkungen im Alltag, heißt es darin. Diese Nachteile würden auch in Zukunft auf der Grundlage der kostenlosen Freifahrtberechtigung ausgeglichen. Allerdings plane die Regierung, die Erstattungsregelungen der Freifahrt im öffentlichen Personenverkehr neu zu gestalten. Hintergrund der geplanten Änderungen seien Forderungen des Bundesrechnungshofes und einiger Landesrechnungshöfe sowie die von den Ministerpräsidenten Koch und Steinbrück in deren "Konsenspapier" vorgeschlagenen Maßnahmen zum Subventionsabbau. Die Bundesregierung werde dazu in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen. Die Liberalen hatten in ihrer Anfrage bemängelt, dass es Behinderten oftmals nicht möglich sei, an Fahrkartenautomaten einen Fahrschein zu lösen. Dazu heißt es in der Antwort, die Eisenbahnunternehmen des Bundes hätten in den letzten Jahren den Fahrscheinverkauf überwiegend auf Automaten umgestellt. Die Deutsche Bahn AG habe diese Entscheidung mit besserer Wirtschaftlichkeit begründet. Die Senkung der Vertriebskosten durch eine stärkere Nutzung von Automaten sowie des Internets liege im Interesse aller Bahnkunden. Nach Auffassung der Regierung stehe der Fahrkartenverkauf an Automaten einer behindertengerechten Infrastruktur nicht entgegen. Die Bedürfnisse der Behinderten könnten auch an den Verkaufsschaltern nicht immer völlig aufgefangen werden. Die Bahn AG biete deshalb den Fahrgästen, für die der Kartenkauf am Schalter oder Automaten aufgrund ihrer Behinderung erschwert sei, alternative Vertriebswege an. So könnten Fahrscheine auch über Internet oder Telefon erworben werden. Darüber hinaus seien alleinreisende blinde Fahrgäste von der sonst fälligen Zahlung des so genannten Bordpreises beim Kauf einer Fahrkarte im Zug befreit. Nach Darstellung der Regierung stellen die unterschiedlichen Gruppen von behinderten Reisenden unterschiedliche Anforderungen an die Barrierefreiheit. Daher scheide nach Darstellung der Bahn AG eine Umrüstung der etwa 10.000 Fahrkartenautomaten aus. Die Bahn strebe aber eine wirtschaftlich vertretbare Verbesserung künftiger Generationen von Fahrausweisautomaten an, heißt es weiter. Im Übrigen begrüßt die Regierung die Bestrebungen des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, ein deutschlandweites elektronisches Fahrgeldmanagement zu entwickeln, durch das bargeldloses Zahlen, elektronisches "Ticketing" sowie eine automatisierte Fahrpreisfindung ermöglicht werden soll.

03.08.2004 Umwelt/Unterrichtungen Regierung: Abgabevorschriften fuer Biozid-Produkte reichen aus.

Berlin: (hib/RAB) Nach Überzeugung der Bundesregierung reichen die derzeit gültigen Abgabevorschriften für Biozid-Produkte aus. Dies geht aus dem Bericht (15/3619) über die Ergebnisse der Prüfungen im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Biozidgesetzes im Jahr 2002 hervor.

Das Gesetz habe für den privaten Endverbraucher eine ähnliche Wirkung wie die Abgabevorschriften nach der Chemikalien-Verbotsordnung. Danach sind Stoffe und Zubereitungen, die als sehr giftig, giftig, brandfördernd, hochentzündlich oder gesundheitsschädlich eingestuft werden, entsprechend zu kennzeichnen. Auch sei die Abgabe über den Versandhandel verboten. Damit werde dem Verbraucher, so die Regierung, das Signal ausgesendet, dass Biozid-Produkte Risiken in sich bürden. Weiter heißt es, in einer auf Initiative Deutschlands zurückgehenden Protokollerklärung fordere der Rat die Europäische Kommission auf, die Notwendigkeit eines Vorschlags mit Regelungen zur Kennzeichnung von Biozid-behandelten Materialien und Erzeugnissen zu prüfen. Ziel sei es, den Verbraucherschutz mit den Vorschriften der EU-Biozid-Richtlinie zu stärken. Laut Bericht sieht die Bundesregierung keinen Anlass, an der Tauglichkeit der Strukturen des Zulassungsverfahrens für Biozid-Produkte zu zweifeln. Diese Strukturen hätten sich bereits im Vollzug der Vorschriften zur Anmeldung neuer Stoffe nach dem Chemikaliengesetz bewährt. Das Verfahren könnte aber erst dann aussagekräftig bewertet werden, wenn praktische Erfahrungen vorliegen.

In einem weiteren Bericht der Regierung (15/3620) heißt es, die entsprechende EG-Biozid-Richtlinie aus dem Jahre 1998 sei vollständig in nationales Recht umgesetzt worden. Damit endeten im Jahre 2010 die in der Richtlinie vorgesehenen Übergangsregeln für alte Biozid-Produkte. Nach diesem Zeitpunkt müssten in der Bundesrepublik auch die bis dahin noch nicht zugelassenen alten Biozid-Produkte durch das Zulassungsverfahren gehen. Nach Angaben der Regierung wird auch nach biozidfreien Alternativen gesucht, um die Risiken zu mindern. Zu diesem Zwecke fördert das Umweltministerium aus Mitteln des Umweltforschungsplans ein entsprechendes Vorhaben, das Mitte nächsten Jahres abgeschlossen werden soll. Darüber hinaus gehe es darum, die Risiken des Einsatzes von Biozid-Produkten zu minimieren. Voraussetzung dafür sei, dass die Produkte ordnungsgemäß nach guter fachlicher Praxis eingesetzt werden.

=====

BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

10. 08. 2004

Neues EU-Chemikalienrecht: Tierschutz und Verbraucherschutz sind vereinbar! Eine starke Zunahme von Tierversuchen lässt sich bei Anwendung neuer Prüfstrategien vermeiden.

Das neue europäische Chemikalienrecht führt nach Auffassung des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) zu einer spürbaren Verbesserung des Gesundheitsschutzes (vgl. Pressedienst 18/2003). Diese Verbesserung ist nicht zwangsläufig mit deutlich erhöhten jährlichen Versuchstierzahlen verbunden, wie von verschiedenen Seiten befürchtet. Das stellte das BfR in einer neuen Studie fest. „Voraussetzung ist allerdings, dass die derzeit in der Entwicklung und Erprobung befindlichen alternativen Methoden zum Tierversuch schnell international anerkannt und eingesetzt werden,“ sagt BfR-Präsident Professor Dr. Dr. Andreas Hensel.

Das europäische Chemikalienrecht soll grundlegend erneuert werden. Kern ist der im Oktober letzten Jahres vorgelegte Entwurf der Europäischen Kommission. Dieses unter der Bezeichnung REACH zusammengefasste neue Konzept steht für Meldung (Registration), Bewertung (Evaluation) und Zulassung (Authorisation) von Chemikalien.

Bislang unterliegen nur neu entwickelte Chemikalien einem Meldeverfahren, das eine Bewertung des gesundheitlichen Risikos verlangt. Die Risikobewertung der mengenmäßig weitaus wichtigeren, bereits seit Jahrzehnten auf dem Markt befindlichen sogenannten Altstoffe erfolgte in den letzten 20 Jahren nur schleppend. Nach dem Vorschlag der europäischen Kommission soll künftig ein einheitliches Verfahren für alle Chemikalien eingeführt werden. Gesundheits- und Verbraucherschutz

sollen durch ein verpflichtendes Programm zur Gefahrenidentifizierung, Risikobewertung und Risikominderung verbessert werden. Insbesondere Chemikalien, die aus toxikologischer Sicht als krebserzeugend, erbgutverändernd oder schädlich für die Fortpflanzung gelten, sollen in Zukunft einem europäischen Zulassungsverfahren unterworfen werden.

Die Industrie kritisiert, dass REACH zu Kosten in Milliardenhöhe führe. Die Wissenslücken bei den 20.000 bis 30.000 seit Jahrzehnten vermarkteten, bisher aber nur unzureichend untersuchten Chemikalien müssten mit toxikologischen Tierversuchen geschlossen werden. Tierschutzgruppen fürchten, dass das REACH-Programm eine ungeheuer große Zahl von Tierversuchen nach sich ziehe. Dies sei aus ethischer Sicht nicht akzeptabel.

Wissenschaftler des BfR, die in Deutschland für die toxikologische Bewertung von Chemikalien zuständig sind, haben den Aufwand tierexperimenteller Untersuchungen bei der Umsetzung von REACH geschätzt. Sie errechneten die Anzahl der benötigten Versuchstiere, wenn die Chemikalien, einschließlich der Altstoffe, entsprechend der von REACH empfohlenen toxikologischen Methoden geprüft werden. Ergebnis: Unter diesen Voraussetzungen ist ein Bedarf von 45 Millionen Versuchstieren innerhalb der nächsten 15 Jahre denkbar.

In einer zweiten Rechnung schätzten die BfR-Wissenschaftler die Zahl der benötigten Versuchstiere, wenn neue, darunter viele tierversuchsfreie Methoden und Konzepte angewandt werden, ohne das Niveau des Gesundheitsschutzes zu senken. Hier würden nach Ansicht der Wissenschaftler im gleichen Zeitraum nur 7,5 Millionen Tiere (vorwiegend Ratten) benötigt. Dies ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass damit die gesundheitlichen Gefahren aller wichtigen auf dem Markt befindlichen Chemikalien untersucht würden. Nach Ablauf der 15 Jahre wird der Tierverbrauch in beiden Fällen drastisch zurückgehen.

Die Entwicklung dieser neuen Methoden in der Toxikologie wird nach dieser Studie also einen entscheidenden Einfluss auf den zukünftigen Bedarf an Tierversuchen haben. Leider sind die Methoden oft nicht international anerkannt. Ihre Akzeptanz und Anerkennung beeinflusst daher wesentlich den künftigen Bedarf an Tierversuchen innerhalb des REACH-Konzeptes.

80 % der bei der zweiten Rechnung geschätzten 7,5 Millionen Versuchstiere sind notwendig, um gesundheitliche Risiken der Chemikalienexposition in der Schwangerschaft und frühkindlichen Entwicklung aufzuklären. Deshalb fördert die Europäische Union im derzeit laufenden 6. Rahmenprogramm die Entwicklung von tierversuchsfreien Methoden für die Bewertung dieser Risiken in einem multidisziplinären, multinationalen Projekt mit 35 Partnerinstitutionen, an dem auch das BfR beteiligt ist.

Die Zahl der Tierversuche kann nur minimiert werden, wenn die derzeit oft noch übliche bürokratisch-formale Regelung zur Prüfung von Stoffen, die bestimmte Tierversuche zwangsläufig verlangt, von einer flexibleren Strategie abgelöst wird. Gleichfalls müssen computergestützte Expertensysteme und versuchstierfreie Labormethoden weiterentwickelt und experimentell validiert werden. Hierzu sind nach Ansicht der BfR-Wissenschaftler zusätzliche Fördermittel nötig. Ohne Validierung ist die Nutzung alternativer und neuer Prüfmethode für die wissenschaftliche Bewertung gesundheitlicher Risiken nicht akzeptabel.

Die englischsprachige Studie des BfR wird in der Zeitschrift Archives of Toxicology (Volume 78) unter dem Titel „Animal testing and alternative approaches for the human health risk assessment under the proposed new European chemicals regulation“ erscheinen. Sie kann schon heute im Online-Angebot des Springer Verlages Heidelberg abgerufen werden.

Press releases <http://www.bfr.bund.de>

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Umweltbundesamt Presse-Information 76/04 01.09.04

Gemeinsame Presseinformation mit dem Bundesumweltministerium (BMU) - Neue EU-Chemikalienpolitik nützt auch der Wirtschaft - Studie zu neuem Chemikalienmanagement auf internationalem Workshop in Berlin vorgestellt

Die in der Europäischen Union geplante Neuorientierung bei der Registrierung, Evaluierung und Zulassung von Chemikalien (REACH) trägt nicht nur zur Verbesserung des Umwelt- und Gesundheitsschutzes bei, sondern stärkt auch die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der europäischen Chemiebranche. Wo die Potentiale liegen, zeigt ein Forschungsprojekt im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA), das heute in Berlin auf einem internationalen Workshop vorgestellt wurde.

Das derzeitige Chemikalienmanagement in Europa hat Schwächen. Es verschafft Stoffen, die schon vor Jahrzehnten auf den Markt gebracht wurden und immer noch unzureichend geprüft sind, einen Wettbewerbsvorteil gegenüber gut untersuchten Neuentwicklungen. Von den rund 30.000 relevanten Altstoffen sind nur für etwa 140 die Risiken systematisch bewertet. Mit REACH soll das anders werden. Hersteller und Importeure dürfen künftig nur noch solche Stoffe vermarkten, deren Eigenschaften und sichere Anwendungsbedingungen sie nachvollziehbar dokumentiert haben. REACH ist damit ein Meilenstein für den Schutz von Mensch und Umwelt.

Das Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI) und das Institut für Ökologie und Politik (Ökopol) haben den praktischen Nutzen und die Probleme der Unternehmen bei der Umsetzung der neuen Regeln untersucht. Die Studie zeigt: Durch REACH werden sichere Produkte bessere Marktchancen bekommen. Angesichts des sich intensivierenden, globalen Warenaustausches werden alle Wirtschaftsregionen der Welt gezwungen sein, ihre Managementsysteme zur Produktsicherheit in den Lieferketten zu optimieren. Europäische Unternehmen haben die Chance, sich auf der Grundlage des REACH-Systems hier zum Vorreiter zu machen. Innovative, anpassungsfähige Unternehmen haben dann einen Wettbewerbsvorteil.

Darüber hinaus ist auch mit einem Rückgang volkswirtschaftlicher Schadenskosten zu rechnen: Die Verbesserung der Chemikaliensicherheit durch REACH wird längerfristig unter anderem zur Senkung der volkswirtschaftlichen Aufwendungen für chemikalienbedingte Berufskrankheiten, durch Chemikalien verursachte Gesundheitskosten, Kosten für Abwasserreinigung und der Wasseraufbereitung beitragen, weil genauere Daten die Chemikalien sicherer machen. Allein im Gesundheitsbereich sind den Angaben der EU zufolge Einsparungen von 2 Milliarden Euro pro Jahr möglich (bezogen auf die EU 15).

Im UBA-Forschungsprojekt "Analyse der Kosten und Nutzen der neuen Chemikalienpolitik" ist am Beispiel von zwei chemikalienintensiven Wertschöpfungsketten - Wasch- und Reinigungsmittel sowie Lacke - der Nutzen von REACH einerseits und die Belastung der Unternehmen andererseits kritisch geprüft worden. Fazit: Die Kosten hängen davon ab, wie groß die Informationslücken zu Stoffen derzeit sind und auf welche Weise die Unternehmen sie in Zukunft schließen werden. Der größte Nutzen besteht darin, dass diese Lücken geschlossen werden. Die Projektergebnisse zeigen aber auch, dass die Ausgestaltung von REACH entscheidend für den Erfolg ist. Ohne klare, risikobezogene und praxismgerechte Regeln für die Daten- und Informationsanforderungen lässt sich die potenzielle Flexibilität von REACH nicht nutzen. Daher setzt sich die Bundesregierung unter anderem für Erleichterungen bei der Expositionsschätzung und für eine gemeinsame Registrierung von Stoffen durch verschiedene Hersteller ein, um den Registrieraufwand deutlich zu begrenzen und einer eventuellen Überforderung bestimmter Unternehmen zu begegnen.

Der von BMU und UBA veranstaltete Workshop unter dem Motto "Investieren in REACH - Start in eine chemikaliensichere Zukunft" findet heute (1. September 2004) im Bundespresseamt in Berlin statt. Vertreterinnen und Vertreter aus Behörden, Industrie und Verbänden für Umwelt- und Verbraucherschutz sowie der EU-Kommission nehmen daran teil. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht das UBA-Forschungsprojekt "Analyse der Kosten und Nutzen der neuen Chemikalienpolitik".

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-076.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-076.pdf>

20.08.04 Wirkungsgrad von Solaranlagen verbessert - Neuartiges Schaltungskonzept entwickelt
Solaranlagen können mehr: Ein landwirtschaftliches Gut im fränkischen Dimbach beweist das mit dem Forschungsprojekt „Integrierte Photovoltaik Demonstrationsanlage“. Auf über 1.000 Quadratmetern (m²) Dachfläche ließ sich die Entwicklung und der erfolgreiche Betrieb einer verbesserten Photovoltaik(PV)-Netzeinspeiseanlage demonstrieren: Mit dem neuen Schaltungskonzept ist es möglich, den jährlichen Stromertrag um rund 3,5 Prozent zu steigern. Die in Dimbach errichtete PV-Anlage erzeugt jährlich 110.000 Kilowattstunden (kWh) Strom und spart dadurch 66 Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid ein. Das Projekt – finanziert vom Bundesumweltministerium (BMU) und dem Umweltbundesamt (UBA) – zeigt modellhaft, wie eine klimaschonende und regenerative Stromerzeugung durch landwirtschaftliche Betriebe mit ihren großen Dachflächen umweltgerecht konzipiert und umgesetzt werden kann.

Die neue Anlagenkonzeption sieht vor, dass ein Hauptwechselrichter je nach Sonneneinstrahlung weitere Wechselrichter zu- oder abschaltet und den Photovoltaikgenerator jeweils passend einstellt. Ein Wechselrichter wandelt den erzeugten Gleichstrom in Wechselstrom um, um ihn in das Stromnetz einspeisen zu können. Bei schwacher Sonneneinstrahlung (weniger als 300 Watt pro m²) ist genau die Anzahl von Wechselrichtern in Betrieb, die zur Netzeinspeisung der aktuellen PV-Leistung nötig ist – im günstigsten Lastbereich mit dem besten Wirkungsgrad. Bei mittlerer und hoher Einstrahlung arbeiten die angesteuerten Wechselrichter im individuellen Punkt bester Leistung (dem so genannten "maximal power point").

Der Fortschritt der neuen Schaltung gegenüber anderen Konzepten offenbart sich im Wirkungsgradverlauf. An Tagen mit geringer Sonneneinstrahlung, zum Beispiel an einem Wintertag, bringt das Zusammenspiel der Wechselrichter den doppelten Tagesertrag gegenüber einer konventionellen Anlage. Durch die größere Zahl dieser Geräte wird die Verfügbarkeit der PV-Anlage erhöht, da bei Ausfall eines der vier Wechselrichter die Anlage weiterhin betrieben werden kann.

Das Konzept sieht die Nutzung mehrerer Wechselrichter vor ("Team"-Konzept), ist patentrechtlich geschützt und exklusiv für die Wechselrichter "Sunny Boys" der Firma SMA Regelsysteme GmbH erhältlich. Für ihren Einsatz ist eine PV-Anlage mit mindestens zwei identisch aufgebauten PV-Teilgeneratoren erforderlich.

Der Abschlussbericht "Integrierte Photovoltaik Demonstrationsanlage Dimbach" (Vorhaben Nr. 20042) kann kostenfrei aus der Bibliothek des Umweltbundesamtes, Postfach 330022, 14191 Berlin, Telefax 030-8903-2154, ausgeliehen werden. Er steht auch auf der Internetseite des UBA zur Verfügung.

Weitere Informationen zum Anlagenkonzept und zu ausgewählten Leistungsdaten sind auch unter der Internetadresse www.ipdad.de abrufbar.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-074.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-074.pdf>

18.08.04 Wirkung von Klimaänderungen in Europa bereits erkennbar- Europäische Umweltagentur veröffentlicht Bericht unter <http://www.eea.eu.int/>

Was passiert mit unseren Alpengletschern? Steigt der Meeresspiegel in Europa? Wie beeinflussen Klimaänderungen Menschen, Pflanzen und Tiere? Nehmen Hitzewellen und Unwetter zu? Müssen und können wir uns an Klimaveränderungen anpassen? Mit diesen und ähnlichen Fragen befasst sich der heute von der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen veröffentlichte Bericht "Impacts of Europe's changing climate", der maßgeblich durch das Umweltbundesamt (UBA) Berlin und die niederländische Umweltbehörde Rijksinstituut voor Volksgezondheid en Milieu (RIVM) erstellt wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass sich auch in Europa das Klima in den vergangenen hundert Jahren deutlich verändert hat und dass in vielen Bereichen bereits Auswirkungen des Klimawandels erkennbar sind. Beispielsweise nehmen die Verluste der Versicherungsbranche - auch durch

häufigere extreme Wetterereignisse verursacht - deutlich zu. Steigende Temperaturen und Hitzewellen führen zu Gesundheitsproblemen.

Der in Zusammenarbeit mit dem Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK), dem Forschungszentrum Karlsruhe (FZK) und der Klimaforschungsabteilung der Universität Norwich (CRU) gefertigte Bericht beschreibt den aktuellen Klimawandel, seine Auswirkungen in Europa und liefert Projektionen der zukünftigen Entwicklung. Die Beschreibung erfolgt an Hand von 22 ausgewählten Indikatoren aus verschiedenen ökologischen und gesellschaftlichen Bereichen. Als Grundlage dienen langjährige Datenreihen, die auf wissenschaftlichen Beobachtungen in verschiedenen europäischen Ländern beruhen und Computermodelle, die mögliche zukünftige Klimaveränderungen und ihre Auswirkungen simulieren.

So stieg die Temperatur in Europa in den vergangenen einhundert Jahren um 0,95 °C, das heißt deutlich stärker als im globalen Durchschnitt von 0,7 °C. Die Gletscher der Alpen verloren mehr als die Hälfte ihrer Eismasse. In den letzten Jahrzehnten stieg der Meeresspiegel an, das Artenspektrum der Nordsee hat sich verändert und die Vegetationszeit verlängerte sich um etwa zehn bis 14 Tage.

Für die nächsten hundert Jahre wird mit einem weiteren Anstieg der Temperatur und mit verstärkten Auswirkungen auf Natur und Gesellschaft gerechnet.

Zwar gibt es auf den ersten Blick auch positive Veränderungen durch den Klimawandel, wie zum Beispiel verbesserte Klimabedingungen für die Landwirtschaft in einigen Regionen Europas oder bessere Überlebensbedingungen für heimische Vögel im Winter. Doch gibt es keinen Zweifel: Die negativen Folgen überwiegen. Sie sind ein deutliches Signal für die tiefgreifenden Auswirkungen von Klimaänderungen in Europa und unterstreichen die Notwendigkeit von Maßnahmen sowohl zum Klimaschutz als auch zur Anpassung an Klimaänderungen.

Der Bericht ist in englischer Sprache im Internet unter der Adresse: <http://www.eea.eu.int/> veröffentlicht und wird in Kürze auch von der UBA-Homepage www.umweltbundesamt.de abrufbar sein.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-073.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-073.pdf>

05.08.2004 Emissionshandel: Software zur Datenerfassung steht im Internet bereit - Vorbereitung der Anträge kann beginnen

Die Software zur Antragsvorbereitung im Emissionshandel steht ab sofort zur Verfügung. Unter der Internet-Adresse www.umweltbundesamt.de/emissionshandel sind darüber hinaus Handlungsempfehlungen zur Vorbereitung der Anträge eingestellt. Voraussichtlich ab dem 28. August 2004 läuft die dreiwöchige Frist, in der die Anträge elektronisch bei der Deutschen Emissionshandelsstelle im Umweltbundesamt (DEHSt) eingereicht werden können.

Die neue Erfassungssoftware ermöglicht die Erhebung der Daten nach den aktuellen gesetzlichen Grundlagen. Eine frühere Version wurde bereits im Rahmen der freiwilligen Datenerhebung 2003 eingesetzt.

Mit dem "Leitfaden Zuteilungsregeln 2005-2007" stellt die Deutsche Emissionshandelsstelle zusätzlich eine umfassende Erläuterung der neuen gesetzlichen Regelungen bereit. Der Leitfaden soll die Unternehmen bei der Entscheidung zur Anwendung einzelner Zuteilungsregeln begleiten und helfen, die Regelungen des Zuteilungsgesetzes 2007 (ZuG) und der Zuteilungsverordnung 2007 (ZuV) anzuwenden. Für die konkrete Antragstellung zu einzelnen Anlagen steht das "Betreiberhandbuch Erfassungssoftware" zur Verfügung, das die Bedienung der Erfassungssoftware erläutert.

Voraussichtlich ab dem 28.08.2004 können die Anträge elektronisch bei der Deutschen Emissionshandelsstelle eingereicht werden.

Die Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) hat ein Servicetelefon und einen

E-Mail-support eingerichtet:

Email: emissionshandel@uba.de

Servicetelefon: 030-8903-5050, montags bis freitags von 09:00 - 18:00 Uhr, Fax: 030-8903-5010

Internet: www.umweltbundesamt.de/emissionshandel

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2004/pd04-071.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi04/pd04-071.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/71

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen,

phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt